

# Das Freihandelsabkommen USA-EU reicht bis nach Ostfriesland

Schon seit Monaten verhandeln die EU-Kommission und das US-Handelsministerium über ein Freihandelsabkommen. Ohne Beteiligung der Parlamente wird ein völkerrechtlich verbindlicher Vertrag ausgearbeitet.

Zahlreiche Verbände, Parteien und Organisationen fragen nach, welche Gefahren da lauern. Sichern sich die großen Konzerne noch mehr Macht? Können zukünftig Konzerne und Investoren unseren Staat verklagen, weil Gesetze zum Schutz der Verbraucher, der Arbeitnehmer, der Umwelt „Handelshemmnisse“ sind? Sind die Verhandlungen deshalb geheim? Auch wir in Ostfriesland beleuchten mögliche Auswirkungen für die Landwirtschaft, die Lebensmittelsicherheit, den Umweltschutz, die Arbeitnehmerrechte.



**Transparenz und Mitsprache** Die ABL lehnt die TTIP-Verhandlungen ab. Sie fordert stattdessen multilaterale Handelsgespräche unter Beteiligung der Betroffenen, also der Bäuerinnen und Bauern und der Zivilgesellschaft. Dabei müssen die sozialen und ökologischen Belange im Vordergrund stehen. Ziele sind Stärkung der bäuerlichen Landwirtschaft, qualitätvolle Lebensmittelerzeugung, artgerechte Tierhaltung, Verzicht auf Gentechnik und fairer Handel weltweit, um die ernährungs-souveränität aller Länder zu gewährleisten.



TTIP bedroht die demokratischen Grundrechte auf beiden Seiten des Atlantik zu Gunsten von Investoreninteressen. Alle Unterzeichnerstaaten müssen ihre nationalen Gesetze und Regelwerke an die vereinbarten Vorgaben im TTIP-Abkommen anpassen. Bei "Unvereinbarkeit" müsste sich der jeweilige Staat einem Investor-Staats-Schiedsverfahren unterziehen und kann bei Verstoß mit Sanktionen belegt werden.



Wir wollen nicht, dass allein die Wirtschaft in der weltweit größten Handelszone regiert und an sozialen Schutzstandards und erkämpften Arbeitsrechten als sogenannten Handels- und Investitionshemmnissen geschliffen wird. Ohne verbindliche Vorgaben im TTIP geraten wir in eine Abwärtsspirale der Arbeits- und Sozialstandards. Auch die Daseinsfürsorge steht erneut auf dem Spiel. Die Privatisierung der Wasserversorgung, gegen die sich die europäischen Gewerkschaften gerade erst erfolgreich gewehrt haben, könnte wieder drohen, denn es geht dabei um sehr viel Geld.



Naturschutz, Umweltschutz und Artenschutz wird abgelehnt. Die Überordnung wirtschaftlicher Interessenvertreter als letztinstanzlich gegenüber Gerichtsbarkeiten wird abgelehnt.

Die Aushebelung der verfassungsmäßigen Gewaltenteilung, für Bauernhöfe statt Agrarfabriken und für den Schutz der Umwelt und des Menschen vor schädlichen Emissionen. Die BI Norden lehnt das Freihandelsabkommen ab, weil dieses Abkommen u.a. den Schutz der menschlichen Gesundheit massiv einschränken würde, weil es die Einfuhr von



mit Chlor und anderen Desinfektionsmitteln behandeltem Hähnchenfleisch, von Fleisch geklonter, mit Hormonen und diversen Medikamenten behandelter Tieren und genveränderten Nahrungsmitteln in Deutschland zur Folge hätte.

Vi.S.d.P.: Frank Wiggershaus



**Attac lehnt ab:** Ein Sonder-Klagerecht für Unternehmen – Einschränkungen beim Öffentlichen Beschaffungswesen – Rückbau der (viel zu wenigen) Fortschritte bei der Zählung der Finanzmärkte.

**Attac fordert:** Den sofortigen Stopp der TTIP-Verhandlungen - Stetige und umgehende Offenlegung von Verhandlungsdokumenten über Handels und Investitionsabkommen - Einen solidarischen und ökologischen Welthandel – Eine dem Gemeinwohl dienende, die Umwelt bewahrende Handels- und Investitionspolitik.



Slow Food Ostfriesland

Wir wollen, dass mindestens die europäischen Verbraucher- und Gesundheitsstandards erhalten bleiben. Wir wollen, dass eine kleinbäuerliche und ökologische Landwirtschaft ausgebaut und geschützt wird. Wir wollen: Global (mit-)denken und lokal essen!



Der Bundesverband Deutscher Milchviehhalter sieht in dem geplanten Abschluss eines Freihandelsabkommen zwischen der USA und EU keine Grundlage für eine Verbesserung der wirtschaftlichen Gesamtsituation der deutschen Landwirtschaft. Im Gegenteil - es besteht die große Wahrscheinlichkeit, dass durch ein entsprechendes Freihandelsabkommen, wie auch möglichen weiteren WTO-Abkommen, die internationalen Warenströme mit Nahrungsmitteln zunehmen, die nicht den sozialen und ökologischen Standards entsprechen, die die Bürgerinnen und Bürger zu Recht erwarten. Völlig inakzeptabel ist die Art und Weise der Verhandlungsführung, die unter Ausschluss der Öffentlichkeit zum Abschluss des Freihandelsabkommens führen soll. Bei Abwägung aller positiven und negativen Effekte lehnen die BDM-Milchviehhalter das geplante Freihandelsabkommen zwischen den USA und der EU kategorisch ab.



"Umweltstandards verteidigen - Neustart für das transatlantische Freihandelsabkommen!" Eine transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) eröffnet Chancen für Europa und die USA. Als Grundvoraussetzung für nachhaltig positive Effekte durch TTIP auf Wohlstand, Beschäftigung und Lebensqualität in Europa fordern wir:

- Keine Geheimverhandlungen unter Ausschluss der Öffentlichkeit, sondern vollständige Transparenz und die Beteiligung der Zivilgesellschaft im Beratungsprozess
- Errungenschaften bei den Datenschutz-, Umwelt- und Sozialstandards sind keine Verhandlungsmasse - Importverbote für nicht zugelassene Lebensmittel bleiben bestehen
- kein privilegiertes Klagerecht für Konzerne gegen Umwelt- und Sozialgesetze
- keine Verpflichtungen zur verschärften Durchsetzung von Urheberrechten